

<b>Zeitschrift:</b>	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	62 (1983)
<b>Heft:</b>	3
<b>Artikel:</b>	Labour und Sozialdemokraten in Grossbritannien : wo liegen die Unterschiede?
<b>Autor:</b>	Hürzeler, Rolf
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-339981">https://doi.org/10.5169/seals-339981</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 07.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Wo liegen die Unterschiede?

Von Rolf Hürzeler

*In den letzten zwei Jahren haben sich bekanntlich im britischen Unterhaus 29 Abgeordnete (27 von ihnen ehemalige Labour-Leute) zu einer eigenen Fraktion und Partei — der «Sozialdemokratischen Partei» (SDP) — zusammengeschlossen: Unter der Führung der ehemaligen Kabinettsmitglieder Roy Jenkins, Shirley Williams und David Owen setzen sie sich von der traditionellen Labour Party ab und versuchen jetzt in einer parlamentarischen Allianz mit den Liberalen eine «gemässigte» Zentrumspolitik zu führen. Nach einigen Nachwahlen — die freilich noch nichts über die effektiven Kräfteverhältnisse aussagen — stehen sich die beiden Bewegungen in den Neuwahlen vom Sommer oder Herbst dieses Jahres zum erstenmal gegenüber. Im folgenden werden die unterschiedlichen Positionen von Labour und «SDP» beleuchtet. Sie beziehen sich im wesentlichen auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise, die gewerkschaftliche Gesetzgebung sowie die Abrüstung.*

Weder Labour, noch die «SDP» können als einheitliche politische Kräfte gesehen werden. Das Spektrum reicht allerdings bei der wesentlich grösseren Labour Party — mit immerhin 277'000 individuellen Mitgliedern sowie 6,6 Millionen gewerkschaftlichen Kollektivmitgliedern — gegenüber der mit 70'000 Mitgliedern relativ schwachen «SDP» deutlich weiter. Positionen von Exponenten können sich zudem überschneiden. Beim Vergleich beschränke ich mich hauptsächlich auf Stellungnahmen, die von Mehrheiten sanktioniert wurden. Einwände, dass der rechte Labourflügel — der seit dem letzten Parteitag den Parteivorstand dominiert — in einzelnen Bereichen mit den «Abtrünnigen» mehr gemeinsam hat als mit dem linken Flügel der eigenen Partei, bleiben unberücksichtigt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Labour zwar ein sehr fortschrittliches Programm beschlossen hat, das aber für eine

zukünftige Regierung unverbindlich bleibt. Es ist dem mit rechten Exponenten durchsetzten Vorstand überlassen, das verbindliche Wahlmanifest auszuarbeiten, ein erster Entwurf sollte bis Ende Januar vorliegen.

Bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise sind sich Labour und «SDP» in der radikalen Ablehnung der monetaristischen Politik der Thatcher-Regierung einig. Doch die Rezepte zur Sanierung der strukturellen und rezessiven Krisenerscheinungen — zehn Prozent Arbeitslosigkeit durchschnittlich, die in einzelnen Regionen bereits zwanzig Prozent erreicht — sehen verschieden aus. Labour verlangt einen lohnpolitischen Vertrag zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und der Regierung. Es wird ein «nationaler Gesamtarbeitsmarkt» festgelegt, der in Lohnverhandlungen verteilt wird. Der Staat würde also — wie zur Zeit der Wilson-Regierung — eine wesentliche Vermittlerrolle

zwischen Privatunternehmern und den Gewerkschaften spielen. Unter dieser Voraussetzung ist Labour überzeugt, dass kapitalintensive Arbeitsbeschaffungsprogramme durchgesetzt werden können, ohne dass die Inflation angeheizt wird.

Die weiteren Labour-Postulate passen in den Rahmen der meisten sozialistischen Parteien Westeuropas: Senkung des Pfundkurses um dreissig Prozent zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit, Subventionen für Privatunternehmen, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind, Wiederverstaatlichung der von der Thatcher-Regierung privatisierten Unternehmen, 35-Stunden-Woche (teilweise schon eingeführt), frühzeitige Pensionierung, falls erwünscht, verlängerte Ferien — also mehr staatliche Sicherheit und verbesserte Verteilung der vorhandenen Arbeit.

Die «Sozialdemokraten» haben noch kein Wirtschaftsprogramm beschlossen, doch in zwei Papieren bereits die zukünftige Marschrichtung skizziert. Die Lohnverhandlungen sollen — ähnlich wie bei Labour — in einem nationalen Rahmen geführt werden. Unternehmen, die sich nicht an die Übereinkünfte halten, würden fiskalisch bestraft, was an die frühere Callaghan-Regierung erinnert, die Arbeitgebern mit Auftragsentzug drohte, wenn zuviel Lohn ausbezahlt wurde. Der Inflationsbekämpfung wird deutlich mehr Gewicht zugeschlagen als bei Labour: Der Pfundkurs soll gestützt werden, wenn auch weniger massiv, als dies gegenwärtig der Fall ist, die Mehrwertsteuer will man senken und die zweiprozentige Sozialversicherungsabgabe für Unternehmer streichen. Arbeitgeber sollen Geld für die Arbeitsplätze erhalten, wenn Leute eingestellt werden, die nachweislich sechs Monate lang arbeitslos waren (ähnliche Beiträge

ge entrichtet gegenwärtig die konservative Regierung in bedrängten Regionen). Die SDP will die Sozialausgaben stabilisieren, wie Shirley Williams im September an einem Vortrag in Zürich erklärte. Sie sprach sich darin gegen eine Indexierung der Renten und der Arbeitslosenentschädigung aus.

Das unterschiedliche Verhältnis zur gewerkschaftlichen Gesetzgebung: Labourparteitage werden bekanntlich von den gewerkschaftlichen Blockstimmen zu 90 Prozent dominiert. Es ist offensichtlich, dass Labour an einer Beschränkung der gewerkschaftlichen Stellung in der Gesellschaft nicht interessiert ist. Die Sozialdemokraten verlangen dagegen eine Lösung der Gewerkschaften von Labour. Die politische Abgabe — die jedes Gewerkschaftsmitglied bezahlt, sofern es nicht ausdrücklich um Erlass ersucht — soll in Zukunft nur noch bezahlt werden, wenn dies vom einzelnen Mitglied gewünscht wird. Ferner sollen Gewerkschaftsmitglieder alle fünf Jahre in einer Urnenabstimmung bestimmen können, welcher Partei sich die Gewerkschaft anschliessen soll. Über Streikaktionen soll nur noch geheim abgestimmt werden, die Wahl von Funktionären soll ebenfalls geheim erfolgen. Diese Vorschläge reichen wesentlich weiter als die bisher eingebrachte Gesetzgebung der Thatcher-Regierung. Sie hat nach der Einschränkung der Streikposten 1980 letztes Jahr (1982) im wesentlichen politische Streiks verboten, «closed shops» reduziert sowie die Schadenersatzklage gegen Gewerkschaften ermöglicht, die «ungesetzlich» streiken. Diese Vorlage wurde von Labour massiv bekämpft. Obgleich die Sozialdemokraten in einzelnen Bereichen schärfere Bestimmungen verlangen, stellten sie sich nicht einheitlich dahinter. Der linke «SDP»-Flü-

gel (Shirley Williams) stimmte mit Labour dagegen. Der konservative Arbeitsminister Norman Tebbit hat für eine allfällige Wiederwahl der Tories weitere Beschränkungen für die Gewerkschaften angekündigt. Dazu gehört unter anderem die von den «Sozialdemokraten» verlangte Verpflichtung zur geheimen Abstimmung.

In der Aussen- und Rüstungspolitik waren die gegensätzlichen Positionen bis vor kurzem am deutlichsten. Labour befürwortet im Parteiprogramm die unilaterale nukleare Abrüstung. Entsprechend wird auch die Stationierung von Cruise missiles ab nächstem Jahr in Großbritannien abgelehnt. Der Nato-Doppelbeschluss wird als offensichtliche Gefahr für den Frieden gewertet. Sämtliche Nuklearstützpunkte sollen in Großbritannien aufgehoben werden, das von der Thatcher-Regierung beschlossene nukleare Trident-Programm will man ersatzlos streichen. Labour verlangt weiter den Einbezug Großbritanniens bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, so dass auf diesem Weg die Stationierung der Cruise missiles allenfalls verhindert werden kann.

Die «Sozialdemokraten» unterstützen neuerdings diese Forderung ebenfalls und verlangen zudem, dass das Unterhaus das letzte Wort in bezug auf die Cruise missiles erhält. Der massive Druck der englischen Friedensbewegung — «Campaign for nuclear disarmament» (CND) sowie die Aktionen der Frauen von Greenham Common — vermochte offensichtlich eine Positionsveränderung zu bewirken. Noch im letzten Sommer wollte die «SDP» zwar das Trident-Programm ebenfalls streichen, setzte sich dafür aber für zusätzliche, britische Cruise missiles ein. Der Nato-Doppelbeschluss wurde damals noch voll unterstützt.

Zu den wesentlichen Streitpunkten in der Auseinandersetzung, die zum Auszug der «SDP»-Abgeordneten aus der Labourfraktion führte, gehörte das Verhältnis zur EG. Hier bestehen die gegensätzlichen Auffassungen nach wie vor: Labour vertritt im Parteiprogramm die Haltung, dass der Beitritt zur EG — wegen der besonderen industriellen Schwierigkeiten in Großbritannien — zu einem wesentlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit beitrug. Zudem komme das Land im laufenden Brüsseler Budgetstreit zu kurz. Ein Austritt wird befürwortet. Die «SDP» dagegen — mit ihrem Parteichef Roy Jenkins als ehemaligem EG-Kommissionspräsidenten — tritt für eine weitere Mitgliedschaft ein. Freilich verlangt auch die «SDP» — wie die Thatcher-Regierung — eine Herabsetzung der britischen Beiträge.

Bei allen Unterschieden zwischen Labour und «SDP» gibt es weite Bereiche, in denen gemeinsame Positionen vertreten werden: Die Nato-Mitgliedschaft wird auch von Labour nicht in Frage gestellt. Die Regelungen für die Immigranten sollen zwar einen weiteren Zuwachs der farbigen Bevölkerung verhindern, aber wenigstens auf der Gleichberechtigung von Frauen und Männern beruhen (was gegenwärtig nicht der Fall ist). Das Engagement in Nordirland soll aufrechterhalten werden; erst in jüngster Zeit wird dieses vom linken Labourflügel zaghaft in Frage gestellt.